NEUES FORUM
BULLETIN

Nr. 33 19. 06. 1994

INHALT:

7. Mai 1989 - 5 Jahre danach

❐ Am 7. Mai 1989 fanden die letzten Kommunal-"Wahlen" vor der Wende statt. Oppositionsgruppen kontrollierten erstmals ★ die Stimmauszählungen. (Wenngleich es eigentlich keine demokratischen Wahlen gab, wurden die mit Repression durchgeführten Abstimmungen von den Herrschenden zu Wahlen qualifiziert.) Erstmals konnte belegt werden, was viele schon immer vermuteten: Abweichungen zu den offiziellen Ergebnissen bei den Anteilen der Nichtwähler und Gegenstimmen zwischen 10 und 20% bewiesen die Wahlfälschung. Damit war die Herrschaftslegitimation der SED-Diktatur zerstört, der Anfang zum Ende der DDR erreicht.
☛ Schon 1989 kandidierte der heutige OBM-Kandidat Uwe Albrecht für die CDU, damals noch im „Demokratischen Block" der SED.

❐ Bereits im April 1989 hatten sich die kirchlichen Basisgruppen gegen Friedrich Magirius durchzusetzen vermocht und die Gestaltung der Montagsgebete wieder selbst übernehmen können. In Leipzig führten die Arbeitsgruppe Menschenrechte, der Arbeitskreis Gerechtigkeit und die Initiativgruppe Leben die Kontrolle der Stimmauszählungen durch. Ab 8. Mai wurden die Montagsgebete zu Montagsdemos. Die DDR-Sicherheitsorgane reagierten mit zahlreichen Verhaftungen (und "Zuführungen") unter den ca. 900 Besuchern der Montagsgebete. Bis zum Kirchentag im Juni fanden regelmäßig Montagsdemonstrationen vor der Nikolaikirche statt. Infolge des klaren Bekenntnisses der DDR-Regierung zu den Massakern der Regierung Chinas gegen die Studenten und Arbeiter auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking kam es nach der Abschlußveranstaltung des Kirchentages zu einer Spontandemonstration für Demokratie in China. Kirchentagsteilnehmer und Oppositionsgruppen demonstrierten gemeinsam durch Leipzigs Straßen.
☛ 1994 reist der OBM Lehmann-Grube (SPD) gemeinsam mit CDU-Abgeordneten in der Wahlkampfzeit nach China. Bürgerrechtler und Kommunalwahlkandidaten des NEUEN FORUM wie Kirchengemeinden Leipzigs kritisierten am 5. Mai 1994 diese Reise, denn um Geschäftskontakte nicht zu gefährden, wurde in Gesprächen die Situation der Menschenrechte in China gemieden und das Massaker von 1989 nicht erwähnt.

❐ 1989 wurden nach der Sommerpause die Montagsdemonstrationen fortgesetzt und das NEUE FORUM gegründet. Die SED-Diktatur wurde beseitigt.
☛ Heute stellt die PDS - mit der Frechheit der Überlebenden einer allzu friedlichen Revolution - den Wahlfälscher Hans Modrow als Europakandidaten auf. (Besonders zynisch war der Vorschlag der PDS, Hans Modrow zur Überwachung der Wahlen nach Südafrika zu schicken.) Es lebe das Gedächtnis!

Oliver Kloß
(Sprecher NEUES FORUM Leipzig)

★ angemerkt sei, daß es bereits Anfang der 80er in Jena und Berlin Kontrollen durch Oppositionelle gab, allerdings noch nicht in der fast flächendeckenden Breite von 1989, die erstmals einen direkten Vergleich mit dem SED-vorgegebenen Endergebnis zuließ.

Herausgeber: Bundeskoordinierungsbüro Berlin, 10117 Berlin, Friedrichstr. 165
Redaktion & Satz: Gerold Hildebrand, fon: (030) 2292546, fax: 2291213
Druck: Alpdruck, Berlin-Pankow, Tel. 030/4824265

Normalität in Magdeburg?

Ostdeutsche Bürgerrechtler erklärten am 18. Mai 1994 zum polizeilichen Verhalten im Zusammenhang mit den rechtsextremistischen Ausschreitungen in Magdeburg:

Die Forderung nach uneingeschränkter Wahrung und Schutz der menschlichen Würde war Grundanliegen der Bürgerbewegung von 1989. Ihre uneingeschränkte Wahrung ist unabdingbar verbunden mit der Einhaltung der Gesetze, Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und seiner demokratischen Verfahrenskontrolle.

Seit den sich aneinanderreihenden rechtsextremistischen Anschlägen und Pogromen - beginnend in Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen und Mölln 1992, Solingen 1993 - stellen wir eine Unentschiedenheit in der Verteidigung rechtsstaatlicher Grundsätze fest. Mancher ostdeutsche Polizist, der in DDR-Uniform noch gegen unschuldige Jugendliche vorging, hält sich heute gegenüber Rechtsextremisten zurück. Wer Rechtsstaatsprinzipien nicht massiv verteidigt, setzt sich dem Verdacht aus, den rechtsextremistischen Terror zu dulden und trägt zu seiner Akzeptanz bei.
Diese Haltung läßt Schlimmstes befürchten.
Vorgeblicher Besorgnisbekundung und moralischer Entrüstung steht zunehmend die Neigung entgegen, solche Ausschreitungen als Normalität zu verkaufen:
„Ich will nicht das schlimme Wort *normal* verwenden, aber das, was passiert ist, ist *nicht außergewöhnlich.*"
Peter Thomaser (Chef des Ordnungsamtes der Stadt Magdeburg, laut *taz* vom 14.5,94).

Diese Wertung legitimiert andernorts nicht geduldete rechtsfreie Räume und ist eine Kapitulation des demokratischen Gemeinwesens vor dem rechtsextremistischen Terror. Wird hier der Boden für eine andere Republik bereitet?
Anstelle der Ausschöpfung der bestehenden Rechtsmittel werden diese Ereignisse als Vorwand benutzt, liberale Freiheitsrechte einzuschränken, wie Aussagen von Ministerpräsident Bergner, Bundesinnenminister Kanther oder das sächsische Polizeigesetz belegen.
Staatliches Handeln ist vielmehr gefordert zum Schutz der Menschenwürde und der Bürgerrechte - im Sinne einer Sicherstellung der verfassungsmäßig garantierten Ordnungsprinzipien zur Organisierung eines menschlichen Zusammenlebens!

Vor dem Hintergrund des skandalösen Verhaltens der Polizei- und Justizbehörden und starker Widersprüche in der Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit fordern wir:

1. Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu möglichen Fragen der unterlassenen Hilfeleistung, Strafvereitelung im Amt und zum Informationsstand der Polizei- undJustizbehörden über Aktivitäten und personelle Verflechtungen der rechtsextremistischen Szene.
2. Rücktritt des Innenministers von Sachsen-Anhalt
3. Rücktritt von Landespolizeidirektor und Polizeipräsident von Magdeburg
4. Einleitung eines Verfahrens zur Amtsenthebung des ermittelnden Staatsanwaltes

Jetzt ist die Zivilcourage jedes einzelnen Bürgers um so mehr gefordert, als die Staatsorgane versagten. Solcher Politik müssen die Bürgerinnen und Bürger eine klare Absage erteilen.

Angelika Barbe, Marianne Birthler, Bärbel Bohley, Jürgen Fuchs, Martin Gutzeit, Stefan Hilsberg, Markus Meckel, Ehrhard Neubert, Rudi Pahnke, Regina Templin, Wolfgang Templin, Wolfgang Ullmann, Katja Wolle, Stefan Wolle, Vera Wollenberger

Robert-Havemann-Archiv eröffnet

Nach einjähriger intensiver Arbeit der Crew um Tina Krone konnte am 31. Mai 1994 das Robert-Havemann-Archiv unter reger Anteilnahme seine Räume der Öffentlichkeit zugänglich machen.
Das in Prenzlauer Berg befindliche Archiv (Schliemannstraße 23, 10437 Berlin) wird künftig dienstags - donnerstags von 10 bis 15 Uhr geöffnet haben.

Bestände des Robert-Havemann- und des Matthias-Domaschk-Archivs:

- Nachlaß Robert Havemann: Briefe, Manuskripte, Dokumente, Publikationen von und über Robert Havemann, Akten des MfS (300 Bände werden in nächster Zeit aufgenommen), Unterlagen aus Gestapo-Akten, unveröffentlichtes Filmmaterial, Mitschnitte von Rundfunk- und Fernsehsendungen, Fotos

- Bürgerbewegung der DDR: Archiv des NEUEN FORUM (vollständig); Schriftgut: Manuskripte, Protokolle, Presse, Interviews; Film- und Tonmaterial: Sprechertreffen ab Oktober 89, zentrale Delegiertenkonferenzen, Pressekonferenzen; Dokumentation der Materialien, die in den Archiven des MfS zum NEUEN FORUM vorhanden sind, Schriftgut zu Runden Tischen auf regionaler Ebene, Filmmitschnitte der Sitzungen des Zentralen Runden Tisches, Film- und Tondokumente der Besetzung (Hungerstreik) der Stasi-Zentrale im September 90; Zeitungen der Bürgerbewegungen aus der Zeit der Wende

- Dokumente der oppositionellen Strömungen in der DDR: Halblegale und illegale Periodika (1955 - 1990), schriftliche Dokumente: Flugblätter, Briefe, Broschüren, Plakate, Artikel (Originale); Unterlagen des MfS über die Bekämpfung der Opposition und des Widerstandes; Grundlagenmaterialien des MfS über die Arbeitsweise der einzelnen Dienstabteilungen; Video- und Tonaufzeichnungen von Fernseh- und Rundfunksendungen (ab 1979); Oppositionsgruppen der DDR, Bürgerbewegungen

- Bürgerbewegungen und oppositionelle Gruppen in Ost- und Südosteuropa Schriftgut: wissenschaftliche Aufsätze, Artikel, Bücher, Film- und Fotomaterial

- Pressedokumentation entsprechend der oben genannten Schwerpunkte

Projekt Weltgerichtshof

Erklärung des Öffentlichen Gewissens

Hiermit bestätige ich vor der ganzen Welt meinen Wunsch und mein Recht, in einer Welt zu leben, die von der Drohung mit atomarer Zerstörung befreit ist. Ich glaube mich dazu verpflichtet, künftige Generationen auch vor der Vergiftung durch radioaktiven Abfall schützen zu müssen.
Es ist meine feste Überzeugung, daß jeder Einsatz von Atomwaffen nicht nur eine alles Vorstellungsvermögen überschreitende Tragödie für die gesamte Menschheit wäre, sondern eine eklatante Verletzung des Völkerrechts und ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Jeder Einsatz von Atomwaffen würde nicht nur den Menschen, gegen die sie gerichtet sind, grausamste Leiden zufügen, sondern auch zahllosen anderen Menschen, die gar nicht von der kriegerischen Auseinandersetzung betroffen sind. Und über Generationen hätten Kinder und Kindeskinder unter diesen Zerstörungen zu leiden. Darüberhinaus würde ein Einsatz von Atomwaffen unsere gesamte Umwelt irreparabel schädigen.
Genau dies ist durch das Völkerrecht verboten.
Die Beziehungen der Völker untereinander sollten von den Prinzipien der Gerechtigkeit, gegenseitigen Respekts und friedlicher Streitbeilegung auf Grundlage des Völkerrechts geprägt sein, nicht aber durch Gewalt und durch die Drohung, im Streitfall Massenvernichtungswaffen einzusetzen.
Chemische und bakteriologische Waffen sind bereits durch internationale Abkommen des Völkerrechts verboten. Ich fordere die Mitglieder der Vereinten Nationen auf, dem internationalen Gerichtshof die Frage der Illegalität von Kernwaffen zur Entscheidung vorzulegen, damit insoweit universal und allgemein rechtsverbindlich Klarheit geschaffen wird:
Der Einsatz, ja sogar der Besitz von Atomwaffen ist ein Verstoß gegen das Völkerrecht und ein Völkerrechtsverbrechen!
Unterschriften an: IPPNW, Körtestr. 10, D-10967 Berlin

Märkisches Landei auf Stolpe?

Dieter Kunzelmann, Mitbegründer der legendären Kommune I, hatte sich in einem Schreiben an den berüchtigten Obersten Dienstherrn der Politischen Staatsanwaltschaft Berlins, Carlo Weber, selbstbezichtigt, am 8. November '92 anläßlich der Demo gegen Fremdenhaß im Berliner Lustgarten „mit großer Begeisterung und tiefster innerlicher Überzeugung ein märkisches Landei der Güteklasse I" in Richtung des brandenburgischen Ministerpräsidenten, IM Manfred „Sekretär" Stolpe, geworfen zu haben.

Wir dokumentieren den Brief, der zum Prozeßtermin von einem sich selbst sichtlich zur Ernsthaftigkeit zwingenden Richter verlesen werden mußte.

Montag, der 30. Mai 1994
5.55 Unzeit

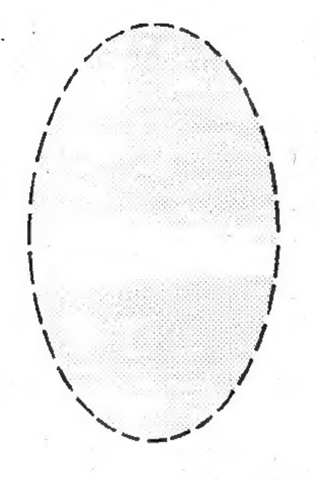
Sehr geehrter und geschätzter Herr Amtsrichter Fischer!

Auch zu meinem selbsteigenen Bedauern muß ich Ihnen hiermit kundtun, daß ich justament in diesem Augenblicke unter Vollnarkose von den verdienstvollen Ärzten des Krankenhausbetriebes Berlin-Kreuzberg sachgemäß zersäbelt werde.
Zur Sorge, daß ich der Justiz für immer verloren gehen könnte, besteht, besteht, Herr Amtsrichter, kein Anlaß. Denn auch für mich überraschend habe ich weder z.Zt. Rinderwahnsinn noch Killerbakterien, nur eine alltägliche „Mediale Leistenhernie", nicht vergleichbar mit der Freßsucht „unseres" Bundeskanzlers oder dem Hodenkrebs des regierenden Diebes.
Im Interesse einer schnellstmöglichen Neuterminierung - mein persönlicher Wunsch, Euer Ehren, wäre die „Cafeteria" des Urban-Krankenhauses als Sitzungssaal - entbinde ich die Ärzte/innen der Chirurgischen Abteilung und meinen Hausarzt von der ärztlichen Schweigepflicht bezgl. der „Medialen Leistenhernie".
Entschuldigen Sie bitte mein heutiges Nichterscheinen im Saal 101.

Mit freundlich-herzlichen Grüßen aus dem Operationssaal verbleibe ich weiterhin

Ihr einziger Angeklagter, der keinen Freispruch will!

Dieter Kunzelmann



Nach kurzer Debatte im Gerichtssaal, ob denn die Cafeteria der geeignete Ort der Fortsetzung des Lustspieles sein könne, wurde der Gerichtstermin einfach aufgehoben. Anzumerken bliebe, daß sich in dem frisch getünchten Gerichtssaal hartnäckig das Gerüchte hält, Herr Kunzelmann habe in selbigem beim vorangegangenen Verhandlungstermin, bei dem er im übrigen seine Selbstanzeige als reine Satire bezeichnete, die ballistische Flugeigenschaft eines Eies demonstriert ...

Wahlergebnisse NEUES FORUM 12. Juni 1994

Europa
absolut: 107.267 = 0,3%

Länder	
Thüringen	1,5% = 20.550 Stimmen
Sachsen	1,3%
Sachsen/Anhalt	1,3%
Berlin	0,5%
Brandenburg	0,5% = 4.120
Meckl.-Vorpommern	0,8%
alte Bundesländer	je 0,1%

einzelne Städte/Kreise	
Halle	2,2%
Dreiskau-Muckern	31,0%
Mölbis	25,0%
Stadt Borna	6,7%
Kreis Borna	4,3%
Dresden-Stadt	1,35% = 3.233
Freital	1,53% = 295
Leipzig-Land	1,5%
Leipzig-Stadt	1,72% = 3.676
Kreis Geithain	2,6%
Suhl	3,7%
Rostock	0,9%
Greiz	2,2%
Stadtroda	2,0%
Erfurt Land	1,5%
Erfurt Stadt	2,4%
Schmalkalden	1,1%
Jena-Stadt	1,7%
Weimar-Land	1,5%
Weimar-Stadt	3,0%
Saalfeld	1,6%
Rudolstadt	1,6%
Sömmerda	1,1%

Berlin Stadtbezirke	
Mitte	0,9% (298 Stimmen)
Tiergarten	0,4% 121
Wedding	0,3% 150
Prenzl. Berg	1,5% 785
Friedrichshain	0,9% 354
Kreuzberg	0,5% 201
Charlottenburg	0,2% 175
Spandau	0,2% 143
Wilmerdorf	0,2% 156
Zehlendorf	0,3% 155
Schöneberg	0,3% 180
Steglitz	0,2% 208
Tempelhof	0,2% 155
Neukölln	0,2% 256
Treptow	0,7% 291
Köpenick	0,9% 406
Lichtenberg	0,7% 427

Post

Sehr geehrte Damen und Herren,

als ich vor einigen Tagen die Unterlagen zur Briefwahl für die Europawahlen bekommen hatte, war ich sehr überrascht, daß es das NEUE FORUM noch gibt. Ich kann sagen, es hat mich sehr gefreut. Ich dachte, daß dieses große Zeugnis von Bürgern, die bereit sind, sich aktiv für Demokratie und mehr Menschenrechte einzusetzen, schon längst von der deutschen Einheit überrollt worden wäre. Schön, daß ich mich geirrt habe.

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei der Wahl. Aber selbst wenn Sie den Einzug ins EP nicht schaffen sollten, haben Sie vielleicht trotzdem vielen Menschen Mut gemacht, ihre Ziele und Ideale auch heute zu vertreten. Ich hoffe und wünsche vor allem, daß die Zeit des Aufbruchs wiederkommt und unser Land in Zukunft durch friedliche und bürgerunterstützte Veränderungen Europas Geschichte macht.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Fischer
Bielefeld

Weißensee	0,9% 185
Pankow	0,8% 349
Reinickendorf	0,2% 207
Marzahn	0,5% 302
Hohenschönhausen	0,6% 235
Hellersdorf	0.9% 348

Kommunalwahlen

MV	
Rostock	10,6% (Bündnis 90) (2 Mandate von 6)
Wismar	3,7%
Nord-West MV	0,8%
Schwerin	3,7%
Landkreis Doberan	5,8% (Bündnis-Grünes Forum)
Rügen	4,4% (Allianz der Bürgerbewe gungen)
Sachsen	
Dresden	1,8% (1 Sitz: Reinhard Wagner)
Leipzig-Stadt	2,9% (2 Sitze) 1,34% (Bürgermeisterkandidat Carl Jesche)
Leipzig-Land	2,75% (2 Sitze)
Borna	13,5% (4 Sitze) 16,9% (Bürgermeisterkandidat Dietmar Matzke)
Geithain	2,7% (kein Sitz)
Kitzscher	(2 Sitze)
Freital	9,88% (Bürgermeisterkandidat)
Sachsen-Anhalt	
Halle	4,0%
Anhalt-Zerbst	3,5%
Jerichower Land	2,1%
Merseburg-Querfurt	5,5%
Halberstadt	6,1%
Thüringen	
Jena	3,6%
Suhl	5,8%
Nordhausen-Land	2,6%
Sonneberg-Land	1,4%
Holzlandkreis	1,6%
Altenburg-Land	2,2%
Greiz-Land	1,8%
Weimar-Stadt	4,5%

Das NEUE FORUM gewann in Borna gegenüber 1990 8,2% (zweitgrößte Steigerungsrate nach der SPD). Die vier FORUM-Sitze im Stadtrat werden von Dietmar Matzke, Andreas Bergmann, Lutz Wolfram und Heike Knechtel belegt.

Bei Redaktionsschluß lagen noch nicht alle Kommunalwahlergebnisse vor. Sie sind demnächst bei den Landesgeschäftsstellen zu erfragen.



Jenseits von Fraktionszwang und Parteiegoismus

Etwa 77.500 Wahlberechtigte haben am vergangenen Sonntag aus sicherlich unterschiedlichen Gründen nicht an der Rostocker Bürgerschaftswahl teilgenommen. Durch die 5%-Klausel repräsentieren die Fraktionen insgesamt nur 46% der Bevölkerung. Diese Voraussetzung verpflichte die neue Bürgerschaft zu einem besonders verantwortungsbewußten Handeln als Parlament der gesamten Hansestadt, heißt es in einer Erklärung vom Rostocker Bündnis 90.

Bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen in der Bürgerschaft halte die Wählergemeinschaft eine Koalition zum Regieren der Stadt nicht für notwendig. Vielmehr sei die Bürgerschaft geradezu gezwungen, parteiübergreifend und sachorientiert die anstehenden Probleme zu lösen. Eine Koalition lehnte die Mitgliederversammlung von Bündnis 90 bereits am Dienstag nach der Wahl mit übergroßer Mehrheit ab. Dabei hätten vor allem schlechte Erfahrungen mit CDU und SPD eine Rolle gespielt.

Bündnis 90, an dem hier auch das NEUE FORUM beteiligt ist, forderte alle Fraktionen auf, Mut zu zeigen zu einer neuen politischen Kultur jenseits von Fraktionszwang und Parteiegoismus.

Achtung: Vorabmeldung *Achtung: Vorabmeldung*

Presseerklärung zum Ausgang der Europawahlen 1994

Überwältigender Sieg der Vernunft

(es gilt das geschriebene Wort)

Die bisher vorliegenden Prognosen auf die ersten Hochrechnungen stempeln alle jene als politische Hasardeure und Stimmungsmacher ab, die Zweifel an der Mündigkeit der Wahlbürger und -bürgerinnen nähren wollten. In eindrucksvoller Weise haben sich unsere Erwartungen am heutigen Sonntag bestätigt: Das Volk hat souverän entschieden. Als auch zukünftig größter Fraktion im europäischen Haus gilt unser Dank zu diesem Zeitpunkt den Menschen draußen im Land, die sich der von politischen Parteien betriebenen Angstmache oder Schönfärberei oder beidem verweigerten. Gleichermaßen Dank gilt natürlich unseren vielen fleißigen Helfern in allen Ländern der Europäischen Union, insbesondere denen aus der Gastronomie, die durch ihren unermüdlichen Einsatz halfen, den 12. Juni 1994 zu einer Bestätigung des richtigen Kurses der Mehrheiten unter den politisch verantwortungsbewußten Bürgerinnen und Bürgern zu machen.
Unsere Gratulation gilt der Partei „Die Unregierbaren", die uns schon im Vorfeld der Wahlen durch ihre erfrischenden TV-Spots erfreute und der es gelang, sich gegen die millionen-schweren Wahlkampfgeschwader ihrer Kontrahenten ehrenvoll zu behaupten. Natürlich ist es zum jetzigen Zeitpunkt zu früh, über künftige Koalitionen zu spekulieren, und wir werden das an dieser Stelle auch nicht tun. Aber die nächsten Wahlen kommen ganz gewiß.

Sperrfrist:
Sonntag, 12. Juni 1994, 16.37 Uhr

Europäische Union der Nicht- und Ungültig-Wähler
Neunte Internationale
Deutsche Sektion
c/o *Heymann / Mutscheller / Schult*

Bilanz ziehen

In Vorbereitung des Bundesforums bat der Vertreterrat am 9.6. 94 die GeschäftsführerInnen der LV um die Beantwortung folgender Fragen:

1. In allen Ländern gab es in den letzten Jahren viele Austritte. Was waren die Gründe dafür? Wurde über deren Ursachen ausführlich gesprochen? Habt Ihr irgendwelche Konsequenzen für Eure Arbeit gezogen?
2. Tendiert Euer Landesverband mehr in Richtung Verein bzw. bleibt das Augenmerk nur auf die Belange des jeweiligen Landes gerichtet oder gibt es noch ein größeres Interesse für den Bundesverband und damit für eine Politik auf dieser Ebene?
3. Könntet Ihr Euch vorstellen, daß das NEUE FORUM Teil einer Neugründung einer Bürgerbewegung auf Gesamtbundesebene wird?
4. Welche Aktivitäten thematischer Arbeitsgruppen gibt es bei Euch noch? Welche thematischen Schwerpunkte seht Ihr als dringlich an? Welche Schwerpunkte werden tatsächlich von Euch bearbeitet?
5. Wir bitten Euch um kurzfristige Beantwortung dieser Fragen.

Bis Redaktionsschluß lag nur eine Antwort vor:

zu 1. Die Gründe für Austritte waren unterschiedlich. Viele Austritte sind ohne Begründung erfolgt. Über die Ursachen wurden mit einigen ausführlich gesprochen, andere blieben unerreichbar. Konsequenzen für unsere Arbeit haben wir gezogen (Umstrukturierung).
zu 2. Es gibt bei uns großes Interesse für bundespolitische Themen. Unser Augenmerk war und ist auf die Arbeit und den Zustand des Bundesverbandes gerichtet.
zu 3. Nein.
zu 4. Themen- und Arbeitsschwerpunkte: Flüchtlinge/Asyl, Entmilitarisierung, Innenpolitik/Geheimdienste, Mieten/Bauen/Wohnen, Südosteuropa, Wirtschaft und Soziale Politik

Mit kurzfristigen Grüßen
Der Berliner Arbeitsausschuß

Und Tschüß!

Ich habe lange nachgedacht, wie ich mich am besten verabschiede. Da schon genug Zynismus in der Überschrift steckt, werde ich mich bemühen, jegliche Form von Zynismus und Polemik zu vermeiden. Das ist der einzige Weg, um denen, die jetzt meinen, richtig zu handeln und recht zu haben, nicht ähnlich zu sein.

Anfangs möchte ich noch betonen, daß dies ein sehr persönlicher Brief ist, und daß jeder Satz mich schmerzt, mir aber gleichzeitig hilft, meinen Schmerz zu überwinden.

Ich bin auf der Berliner Vollversammlung am 17. 5. mittels eines Antrags aufgefordert worden, zu meinen jetzigen Aktivitäten in Bezug auf den Aufruf zum Durchdenken einer Wahlverweigerung Stellung zu nehmen und in diesem Zusammenhang die weiteren Schritte offenzulegen.

Einige Tage vorher habe ich über Dritte erfahren, daß der BKR mich auffordert, diese Aktivitäten einzustellen oder meine Funktion im Arbeitsausschuß niederzulegen, unterschrieben u.a. von Leuten, die ich monatelang auf keiner Versammlung, zu keiner Diskussion mehr sah und die einmal zu meinem Freundeskreis gehörten.

Mir wurde „organisierte und öffentliche Bekämpfung von Beschlüssen und Aktivitäten des NEUEN FORUM" vorgeworfen. Abgesehen von diesem, mir bis heute unverständlichen Vorgehen hat mich die Sprache dieses Beschlusses und des Antrags erschreckt.

Es ist, klar ausgedrückt, „Stasi-Deutsch" und es steckt auch so ein Denken dahinter. Ich hätte angerufen werden können, mit mir hätte geredet werden können, ich hätte gefragt werden können.

Ich frage mich, was ist das für eine Bürgerbewegung, die den Gegner in den eigenen Reihen sieht?

Es ist mir unverständlich, warum Menschen, die einmal Toleranz und Akzeptanz Andersdenkender forderten, mit den eigenen Leuten so umgehen.

Es ist mir unverständlich, wie Sebastian Pflugbeil, der auch zu den Unterzeichnern gehört, im vorigen Bulletin sogar das Wort „Zersetzung" benutzt und gleichzeitig, ohne je ein Argument von mir zu hören, einen Artikel schreibt, der voll von Polemik ist. Er schreibt darin: „Alle diese Varianten unterscheiden sich in einem wesentlichen Punkt vom Wahlboykott - sie machen Arbeit."

Bis dato dachte ich, meine Arbeit wird im NEUEN FORUM anerkannt und geachtet. Ich kenne Sebastian 12 Jahre und habe ihn noch nie so böse und verbissen erlebt.

Was ist mit einigen von uns geschehen? Ist die Vergangenheit so verinnerlicht worden, daß immer wieder mißtraut und Zersetzung gewittert wird oder wird dieser Feind zur Selbstbestätigung gebraucht? Ich finde keine endgültige Erklärung.

Es tut weh, zuzuschauen, wie Leute sich verändern und es tut weh, zu sehen, wie wenige wir geworden sind: So wie ich glaube, nicht wegen inhaltlicher Diskrepanzen, sondern wegen des Umgangs miteinander, wegen der Selbstüberschätzung und Wirklichkeitsferne.

Wenn eine Organisation Wahlen braucht, um über Inhalte zu diskutieren, dann wird sie entweder das, was sie nie sein wollte - eine Partei - oder sie ist am Ende.

Ich für meinen Teil kann so nicht weitermachen.

Die Erfahrungen im letzten Jahr waren zu schmerzlich. Dennoch war die Zeit seit September '89 die spannendste und fröhlichste, die ich bisher gelebt habe - und das hat auch mit dem NEUEN FORUM zu tun.

Ich habe viele Menschen getroffen, die mir wichtig geworden sind und mit denen ich auch weiter etwas machen werde.

Wenn es wieder eine Revolution geben soll, ein Geheimdienst aufgelöst wird oder überlegt wird, wie die Regierenden dazu gezwungen werden können, das Volk ernst zu nehmen, könnt Ihr mich anrufen.

Cornelia Kirchgeorg
30.05.94

Timor und kein Trupp in Bonn (2)

Die Besetzer der nach Indonesien verkauften NVA-Kriegsschiffe, führten Mitte April Gespräche mit Verantwortlichen aus den zuständigen Ministerien. Wurde ein Teil ihrer Forderungen erfüllt, die sie vor einem Jahr zu Pfingsten in Peenemünde erhoben hatten? Nein, die 50 Menschen umfassende Besuchergruppe weilte lediglich auf Einladung der Bundestagsabgeordneten Ingrid Köppe (Neues Forum) in der Stadt am Rhein, die eigentlich aufgrund ihrer Provinzialität deutsche Hauptstadt bleiben sollte.

Vereinbart waren Gespräche mit Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes, des Verteidigungs- und des Wirtschaftsministeriums. Ein Fragenkatalog war zuvor eingereicht worden.

Gleich zu Anfang wurde zur Bedingung gestellt, es handele sich lediglich um ein Hintergrundgespräch, „nicht medienverwertbar". Video- und Tonaufzeichnungen wurden nicht zugelassen. Was sollte auch von den subalternen Beamten verlangt werden - die Entscheidungen hatten nicht sie gefällt.

Im Auswärtigen Amt

war vor allem dessen Wahrnehmung der indonesischen Menschenrechtssituation von Interesse. Als Quellen für die Bewertung derselben wurden Amnesty International, das State Department und die deutsche Botschaft benannt. Ja, die Lage sei „ernst".

Doch die Waffenlieferung wurde quasi als Voraussetzung für einen Dialog mit dem indonesischen Militärregime dargestellt: „Wir dürfen da nicht mit erhobenem Zeigefinger auftreten." Ein Dialog über die Philosophie der Menschenrechte sei im Gange, der wäre sonst gefährdet. Wollte man nur noch mit demokratischen Staaten Beziehungen pflegen, könne kaum noch Handel getrieben werden. Doch Indonesien würde zu schnell „auf die Anklagebank geschoben". Es spiele eine wichtige Rolle in der Region und habe schließlich bis heute den Vorsitz der Blockfreien inne.

Im übrigen sei der Verkauf der NVA-Schiffe an sonst nicht übliche Auflagen gebunden: Endverbleibsklausel und Einsatzbestimmung für Küstenschutz und Seewegsicherung (Drogenschmuggel, Piraterie). Schließlich gehe es auch um die Sicherheitsinteressen deutscher Anleger in dieser Region. Doch auf Nachfrage stellte sich heraus, daß es kein spezielles Instrument zur Kontrolle der Vereinbarungen gibt.

Auf den Hinweis, daß der Botschafter Portugals gegen den Rüstungsdeal protestiert habe, hieß es, Portugal vertrete Eigeninteressen, da in dessen Verfassung das Selbstbestimmungsrecht der von Indonesien okkupierten Insel Ost-Timor festgeschrieben sei.

Doch wo bleibe die vielbeschworene gemeinsame Linie innerhalb Europas? Ein WEU-Beschluß vom 17. Juni 1993 fordert ja, ein unverzügliches Waffenembargo über Indonesien zu verhängen und militärische Abkommen mit Indonesien auszusetzen.

Dieser habe lediglich Empfehlungscharakter, über ein Embargo sei noch nicht abgestimmt, es gäbe auch keine neueren gravierenden Menschenrechtsverletzungen.

Blieb die Frage, ob die Beamten in offensichtlicher Kenntnis der Lage ruhig schlafen können. Die wurde unterschiedlich beantwortet.

Ein Sinologe aus Brandenburg vom Referat Rüstungsexporte nach seinen *Gefühlen* gefragt, antwortete, dem gelernten DDR-Bürger in geradezu unheimlicher Weise vertraut: Die Gesetze sind nun mal so, man müsse die politischen Rahmenbedingungen anerkennen. Das Wörtchen „ich" war ihm ganz fremd.

Vom Verteidigungsministerium

ließ sich der angekündigte Staatssekretär Wilz von zwei Mitarbeitern der Rüstungshauptabteilung vertreten: Herr Harries vom Referat RüZ II/5, zuständig für Rüstungsexport und Kriegswaffenkontrollfragen und Herr Born vom RüZ II/4, Nicht-NATO-Staaten. Letzterer bekannte auch gleich seine Zuständigkeit für den Vertrag mit den NVA-Schiffen.

Da es sich um einen Regierungsvertrag handele, seien keine weiteren Ausfuhr-Genehmigungen erforderlich.

Wie mit den schwerfälligen Landungsschiffen Piraten und Drogenschmuggler gejagt werden könnten, wüßten sicherlich Experten vom Innenministerium besser. Theoretisch sei natürlich ein Mißbrauch auch der „irrtümlich nicht abgebauten Fliegerfaustabschußgestelle" möglich. Die würden auch nicht wieder entfernt: Diese Forderung sei lächerlich, da für die U-Boot-Jäger „Parchim" Munition mitgeliefert wird. Über Art und Umfang dieser wurde jedoch Stillschweigen bewahrt. Hier zogen sich die Herren auf Geheimhaltungsvereinbarungen mit der indonesischen Regierung zurück.

Beiläufig wurde jedoch zugegeben, daß der Verkauf billiger als die Verschrottung sei.

Vom Wirtschaftsministerium

erschien Herr Rahnke (Referat Rüstungsexportpolitik/-kontrolle). Mit ein bißchen Phantasie könne man sich wohl vorstellen, wie das Votum seines Ministeriums im Bundessicherheitsrat ausgefallen sei, parierte er die erste Frage, schließlich gehe es um Arbeitsplätze und die Interessen der Wirtschaft.

Er sagte es rundheraus: Die WEU-Entscheidung habe „keinen ausschlaggebenden Wert" bei der Erteilung der Ausfuhrgenehmigung für die U-Boote, zumal „die Exportzusicherung schon bei der Erteilung der Herstellungsgenehmigung gegeben wurde."

Zukunftsmärkte für deutsche Waffen seien Südostasien und die Golfregion. „Die fetten Jahre sind vorbei", der gegenwärtige Bedarf der Bundeswehr an Rüstung gedeckt. Da müsse eben auch mit Waffen gehandelt werden. „Ich bin kein Pazifist. Es gibt das Recht auf Selbstverteidigung."

Wo denn die Anreize für den Aufbau einer Rüstungskonversionsindustrie blieben? Herumgedruckse: Die Marktlage lasse dies nicht zu. Wenn Deutschland keine Waffen liefere, fänden sich eben andere Anbieter.

Eine grundlegende Frage blieb ungeklärt: Wie sollen Parlamentsabgeordenete ihrer Kontrollfunktion nachkommen, wenn sie in den jeweiligen Ausschüssen nur nach schwierigen Zeremonien Geheimpapiere einsehen, diese dann aber nicht öffentlich verwenden dürfen? Auch Kleine Anfragen erzwingen keine Offengelegung. Möglich ist zwar die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Das setzt aber ein entsprechendes Abstimmungsergebnis voraus ...
Den überlasteten Angehörigen kleinster Fraktiönchen bleibt nicht einmal die Voraussetzung für einen solchen Weg, wenn es nicht das einzigste Thema über eine längere Zeitdauer hinweg bleiben soll. Vera Wollenberger lieferte eine beredtes Beispiel dafür.

Nein, sagt Norbert Gansel, damit würde er sich nicht mehr belasten. Er ist gebranntes Kind. Als der SPD-Abgeordnete 1988 dem UN-Sicherheitsrat Mitteilung über die an Südafrika gelieferten U-Boot-Pläne machte, handelte er sich eine Anzeige wegen Geheimnisbruchs ein, obwohl die vertraulichen Unterlagen erst nach dieser heroischen Tat als geheim eingestuft wurden.
Eine Fundamentalopposition die sich einzig an Menschenrechtsfragen messe, könne einen erheblichen wirtschaftlichen Schaden für Deutschland verursachen, einen Dialog verunmöglichen und Einflußnahme reduzieren, unterstrich er mit Verweis auf die Ostpolitik der SPD: Eine jede Diktatur sei unter dem Einfluß marktwirtschaftlicher Verhältnisse früher oder später zusammengebrochen.
Gansel, der zwei Jahre bei der Bundesmarine diente („Ich bin kein Pazifist.“), ist nicht grundlegend gegen Rüstungsexport. Er verwies auf seinen Wahlkreis Kiel und die dortige Arbeitslosigkeit (13,5%). Doch in Krisengebiete und Entwicklungsländer dürften keine Waffen geliefert werden, so sein Wahlversprechen: Nur an NATO und EG-Staaten mit einer klaren Endverbleibsklausel. Indonesien sei jedoch nicht sein Ressort. Die parlamentarischen Möglichkeiten seien zudem erschöpft, das Medieninteresse erschöpft. Sollte die Genehmigung für den Schiffsverkauf zurückgezogen werden, müsse die BRD mit einer Schadensersatzklage Indonesiens rechnen. An der Vertragstreue Deutschlands würde dann künftig gezweifelt werden.
Eine Begegnung mit den MdB Schokkenhoff und Fritz kam nicht zustande.

Die KriegsschiffbesetzerInnen sind mittlerweile zu je 400,-DM verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Kontakt:
Timor und kein Trupp, Dresden
fon/fax: (0351) 53 749 oder
fon: (0351) 33 71 30

Frieden und Demokratie brauchen keine Jagdflugzeuge

Am 4. Mai 1988 einigten sich die vier Kooperationspartner Großbritannien, Deutschland, Italien und Spanien über die Entwicklung des sogenannten „European Fighter Aircraft“ (EFA/Jäger 90). Dabei wollte die Bundesrepublik ein Drittel der Produktionskosten tragen.

Im Sommer 1992 schien sich das Blatt zu wenden, als Verteidigungsminister Rühe seine Vorbehalte unmißverständlich ausdrückte: Er sei „angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage skeptisch, ob man einen Supervogel (gemeint war der Jäger 90) braucht“. Bundestagsfraktionen von Regierung und Opposition teilten diese Zweifel und kündigten ihre Zustimmung an, das Projekt zu kippen. Auch die FDP-Fraktion begrüßte es, „daß im Verteidigungsministerium ein Umdenken beginnt“.
Ein halbes Jahr später verkündete Hans-Dieter Wichter, Sprecher der Hardthöhe, den SteuerzahlerInnen die Notwendigkeit eines „neuen Jagdflugzeuges für eine neue Zeit“. Der Jäger 90 ist tot, es lebe der Eurofighter 2000.
Der mächtigste Konzern der Republik hatte sämtliche Hebel in Bewegung gesetzt, um an die begehrten Zuschüsse in Milliardenhöhe zu kommen: Eine Theaterinszenierung von unumgänglichen milliardenschweren Ausgleichszahlungen an die NATO-Vertragspartner im Falle eines Ausstieges aus dem Jäger-Projekt und die Drohung Zehntausende würden arbeitslos, entpuppten sich schnell als inhaltsleere Scheinargumente.
Die Rüstungsindustrie verfügt über überdurchschnittlich qualifizierte Arbeitskräfte, die durchaus in der Lage wären, nützliche zivile Projekte zu entwickeln.
Mit der Entwicklung dieses nunmehr als völlig neu, wesentlich kostengünstiger und als dringend notwendig propagierten Jagdflugzeuges wurden ausgerechnet dieselben Herstellerfirmen beauftragt, die schon mit der Jäger-90-Entwicklung beschäftigt waren: Die Daimler-Benz-Tochterunternehmen Messerschmitt-Bölkow-Blohm und die Motoren- und Turbinen-Union MTU.

Die Macht sitzt nicht in den Landtagen oder im Bundestag, sondern in den Geschäftsetagen der rüstungsproduzierenden Großkonzerne - allen voran in Stuttgart-Möhringen, dem Sitz der Daimler-Benz AG.
Die Daimler Benz AG gehört zu den Großkonzernen, die Jahr für Jahr das lukrative Geschäft betreiben, Waffen auch in Länder zu liefern, in denen schwerste Menschenrechtsverletzungen von Regierungstruppen und Polizeieinheiten begangen werden, wie jüngst in die Türkei, die Vereinigten

Arabischen Emirate und Taiwan.

Auch der Eurofighter 2000 wird, falls er in Serie geht, dem Zwang zum Export unterliegen, denn jeder weitere Abnehmer senkt die Stückkosten. Und z.B. Saudi-Arabien hat bereits massives Interesse angemeldet.
Es gehört zur Taktik des Eurofighter-Managements, der Öffentlichkeit selbst bei katastrophaler Ertragslage noch ein optimistisches Bild vorzugauckeln.

Manfred Wörner hinterließ seinen Nachfolgern einen Entwicklungsvertrag für den Jäger 90 von 65 Millionen DM Systempreis pro Flugzeug. Dieser Vertrag unterliegt noch heute strenger Geheimhaltung. Über Wörners Nachfolger Rupert Scholz, Gerhard Stoltenberg und Volker Rühe verdoppelten sich die Entwicklungskosten auf rund 7 Milliarden DM und der Systempreis auf 135 Millionen DM pro Flugzeug.

Als der Jäger 90 in der Bundesrepublik aus Kostengründen ins Kreuzfeuer der Kritik kam, versuchte die EFA-Lobby die EntscheidungsträgerInnen mit immer neuen Preisspielen und Vergleichsmustern nachhaltig zu beeinflussen.
Die Taktik, die ungeliebte Preisdiskussion außer acht zu lassen und dafür die Jäger-Leistungen zu loben, schlug fehl. Die Preisvorstellungen für den Stückpreis eines Jäger 90 schwankten zwischen 21 und 280 Millionen DM.
Die Militärs zogen eine für sie typische Konsequenz. Anstatt das Projekt umgehend zu stoppen, wurde mit jeder Preiserhöhung die Anzahl der zur Wahrung deutscher Interessen benötigten Militärflugzeuge verringert. Statt den ursprünglich 250 Maschinen sollen nunmehr zwischen 120 und 140 Jagdflugzeuge angeschafft werden.
Der Eurofighter 2000 ist politisch schädlich, sinnlos und unbezahlbar. Nur mit dem Verzicht aus den Eurofighter 2000 besteht die Chance für eine wirkliche Wende. Der soziale und ökologische Umbau hängt maßgeblich vom Ausstieg aus den militärischen Großprojekten ab.

Volker Rühe hat die letztendliche Entscheidung über die Anschaffung eines neuen Jagdflugzeuges für die Bundesluftwaffe auf 1996 vertagt. Bis dahin bleibt den BefürworterInnen der sinnvolleren Verwendung von Steuergeldern Zeit, im Rahmen der parlamentarischen Möglichkeiten und mit außerparlamentarischen Aktionen dieses unsinnigste alle Projekte zu Fall zu bringen.
Die Chancen hierfür stehen nicht schlecht, wenn es gelingt, einen breiten öffentlichen Druck auf das politische Establishment zu organisieren.
Für die Demokratie in unserem Land ist die Frage von großer Bedeutung: Ist die Beschaffung von preiswertem Wohnraum, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Aufbau der Neuen Bundesländer, die Sanierung unserer Umwelt und unseres Verkehrssystems, sprich das Allgemeinwohl oder das wirtschaftliche Einzelinteresse eines Rüstungskonzerns Daimler Benz Maßstab für die Entscheidung von Regierung und Parlament?

Die bisher für den Aufbau der Neuen Bundesländer investierten Gelder fehlen logischerweise an anderer Stelle, so daß die Verantwortlichen gezwungen sind, Kürzungen bei verschiedenen Investitionsvorhaben durchzuführen bzw. unsinnige Projekte ganz zu streichen. Die Bundesregierung setzt jedoch den Rotstift nicht an der Stelle an, die am sinnvollsten wäre: dem Verteidigungshaushalt. Vielmehr werden die Steuern erhöht und Sozialleistungen für die Bedürftigsten massiv beschnitten.
Somit ergibt sich eine direkte Konkurrenz zwischen dem Rüstungsetat und dem Sozialbereich sowie Umweltsektor. Die Entscheidung über die Produktion des Jäger 2000 wird zur Entscheidung darüber, wofür in einer wirtschaftlichen Krisensituation investiert wird: In eine zivile und menschenwürdige Zukunft oder in militärische Machtmittel.

Wir brauchen kein Jagdflugzeug für weltweite „Abenteuer" der Bundeswehr und kein militärisches Prestigeobjekt, das die öffentlichen Haushalte weiter finanziell ruiniert!

Der notwendige öffentliche Druck ist nur zu erzeugen, wenn sich viele Menschen an vielen Orten äußern und ihre Meinung kundtun.

☞ Sprechen Sie mit FreundInnen, Bekannten und Arbeitskollegen.

☞ Schreiben Sie LeserInnenbriefe, damit die öffentliche Aufmerksamkeit erhalten bleibt und mehr Menschen sich eine Meinung bilden.

☞ Sprechen Sie mit Ihren regionalen Bundestagsabgeordneten und fragen Sie sie auch bei öffentlichen Veranstaltungen nach ihrer Haltung und ihrem Engagement.

Wir haben eine Chance, wenn wir uns für unsere Überzeugungen auch einsetzen.

Carola Schulze
(aus ILA-Zeitung)

Skandalurteil gegen Totalverweigerer

Andreas Wieland war am 4. 10. 93 seiner Einberufung nach Zeithain/Riesa nicht gefolgt und daraufhin in verschiedenen Arrestzellen 47 Tage Gefangener der Bundeswehr. Wegen beharrlicher Weigerung „seine“ Uniform anzuziehen wurde ihm inzwischen Dienstverbot erteilt.

Am 4. Mai 1994 wurde der Magdeburger Totalverweigerer vom AG Riesa/Sachsen zu 12 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. In der Bundesrepublik gab es nur bis Mitte der 80er Jahre einige Urteile solcher Härte, die rechtskräftig wurden.

Staatsanwalt Müller, der den Job schon zu DDR-Zeiten machte und in Bayern Nachhilfeunterricht erhielt, äußerte vor den zwanzig Zuhörenden, daß er sich „ziemlich schwer tue mit dem Antrag“. Aber schließlich weigere sich der Angeklagte „einen Zwangsdienst zu leisten“. Auf einer Freiheitsstrafe ohne Bewährung müsse er bestehen, denn der Angeklagte besitze „eine verhärtete Position.“ Mit seiner Weigerung, Zwangsdienst zu leisten, gäbe er sich eine „negative Sozialprognose. Eine weitere Straffälligkeit ist damit vorprogrammiert.“ Er befürchte, daß sonst bald niemand mehr zur Armee gehen würde (Szenenapplaus). Deshalb müsse er für das Vergehen der Fahnenflucht eine Einzelstrafe von zehn, für die Gehorsamsverweigerung vier, insgesamt 12 Monate Freiheitsentzug beantragen.

Richter Schulz gestand Andreas zu, Gewissenstäter zu sein, ignorierte jedoch dessen siebenseitige Prozeßerklärung. Seiner Ansicht nach handele es sich um *fortgesetzte* Gehorsamsverweigerungen, für die er ein Strafmaß von sechs Monaten ansetzte, damit den Staatsanwalt noch übertreffend. Die Gesamtfreiheitsstrafe von 12 Monaten könne nicht zur Bewährung ausgesetzt werden, da dies in der Bundeswehr zu weiteren Disziplinarverstößen führen könne.

Die nächste Verhandlung wird vor dem Landgericht Dresden stattfinden, da Rechtsanwalt Kaleck, der auf Freispruch, ersatzweise Geldstrafe plädiert hatte, Rechtsmittel einlegte.

Prozeßkostenhilfe für Andreas Wieland:
Postbank Leipzig, BLZ 860 100 90, Kto.-Nr. 1175 22 901
Stichwort: Andreas Wieland

Das NEUE FORUM protestierte in einem unbeantwortet gebliebenen Schreiben an Richter Schulz:

„Wir sehen die Tendenz, zu Strafmaßen, wie sie in der DDR bis 1985 angewendet wurden, zurückzukehren. Daß damals bei Verweigerung des 18monatigen Militärdienstes eine ca. 20monatige Haftstrafe zu erwarten war, wissen Sie vielleicht aus Ihrer Berufserfahrung. [...]

Haben Sie sich kundig gemacht, welcher Ermessensspielraum Ihnen zur Verfügung gestanden hätte? Kennen Sie Vergleichsurteile, etwa vom Berliner Landgericht, das in ähnlichen Fällen auf Urteile in Höhe von 100 Tagessätzen abstellt? [...]

Besonders schlimm finden wir eine Verurteilung unter dem Aspekt, daß Andreas Wieland bereits eine Vorverurteilung durch die Bundeswehr hinter sich hat [...] Mehr als bedenklich ist das Urteil zudem vor dem Hintergrund, daß der ehemals stellvertretende Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Mahrenholz, Straffreiheit für Mauerschützen und Stasispitzel fordert. Wir meinen, daß dieses Urteil nicht „im Namen des Volkes“ gesprochen wurde.“

Rainer Müller/gh

Aus der Prozeßerklärung von Andreas Wieland

„Wozu dient eine Armee, wozu Wehrpflichtige? ...

Es wird behauptet, die Bundewehr diene zum Schutz gegen fremde Streitkräfte und der Demokratie. Doch wenn man sich die letzten 40 Jahre so ansieht, wurden mehr Länder von der eigenen Armee erobert, als von fremden. Und was die Demokratie angeht: Kein Staat ist demokratischer als Costa Rica seit der totalen Abschaffung des Militärs. ...

Heutzutage wird immer wieder auf die Bedrohung aus Jugoslavien und dem Nahen Osten verwiesen. Doch es gibt keinen Krieg ohne Waffen. Deutschland unterhält zu Militärregimen auf der ganzen Welt enge Beziehungen, die ihre Bevölkerung terrorisieren und jegliche Opposition ausschalten. Diese werden nicht nur durch sogenannte „Entwicklungshilfe“ unterstützt, sondern durch Waffen und Militärtechnik. In letzter Zeit werden mit Vorliebe NVA-Bestände verscherbelt, weil das natürlich billiger ist, als zu verschrotten. Seien es nun Marinekreuzer nach Indonesien, das dann seine ethnischen Säuberungen gegen das besetzte Ost-Timor fortsetzen kann oder Lieferungen von Schützenpanzern, Stahlhelmen, Kalaschnikows und Munition an den NATO-Partner Türkei, der damit die Kurden ausrotten will. Vor einigen Tagen habe ich im Fernsehen eine Dokumentation des Westdeutschen Rundfunks gesehen. Darin ging es um das Krisengebiet Türkei-Griechenland. Journalisten konnten die Existenz von NVA-Stahlhelmen und Waffen nachweisen. Auch gingen sie der Lieferung von Panzern nach Griechenland nach. Und was glauben Sie, Herr Richter, wo diese Panzer herkamen? Ich will es Ihnen verraten. Sie kamen aus der Erzgebirgskaserne der Bundeswehr in Marienberg, wo ich für 14 Tage inhaftiert war. Die Bilder dort müssen kurz vorher aufgenommen worden sein, da ich einen bestimmten Soldaten erkannt habe.

Nun ist die Tatsache, daß Deutschland Waffen an Länder liefert, die miteinander verfeindet sind, ja leider nichts Neues. Das gleiche ist schon im Irak und Iran geschehen. Deutschland steht in der Liste der Rüstungsexporteure an Nr. 3 in der Welt. Wenn also ein deutscher Soldat in den Krieg zieht, muß er damit rechnen, von dem gleichen Gewehr erschossen zu werden, das er trägt. Das nenne ich Patriotismus! ...

Ich werde lieber Gesetze mißachten, als Menschenleben.“

GRZ: Kollektive Kriegsdienstverweigerung in Serbien

Seit Mai 1992 wehren sich die Bewohner von Tresnjevac/Oromhegyes (Vojvodina/Nordserbien) gegen die Rekrutierung. Als 200 von ihnen zu „Reserveübungen" an der bosnischen Front einberufen werden sollen, organisieren die Frauen ein Friedenscamp in und an der Dorfschenke, dem „Zitzer-Club". Auch durch Belgrads Drohpotential, 92 Panzer, ließen sie sich nicht einschüchtern: Keiner der Einberufenen folgte dem Befehl oder ließ sich zu einer Unterschrift über angebliche Freiwilligkeit nötigen. Stattdessen gründeten sie die „Geistige Republik Zitzer" (GRZ).
Der im Juni 1992 ausgerufenen Verfassung (siehe Bulletin Nr. 30) zufolge ist sie eine „symbolische Republik ohne territoriale Ansprüche". Ihre „Staatsbürger" kommen aus aller Welt - über 1000 sind es bereits in Deutschland.

Vilmos Almási, Mitbegründer der GRZ, in Haft

Am 16. Mai 94 wurde Vilmos Almási, Aktiver der Zitzer Friedensbewegung, inhaftiert. Er war wegen seiner Kriegsdienstverweigerung im Mai 1992 zu vier Monaten Haft verurteilt worden. Bisher wurden drei der 200 Verweigerer verurteilt. Einer war bereits 3 Monate inhaftiert. Ein weiterer, Péter Sárkány, wurde ebenfalls zu 3 Monaten Haft verurteilt, ist jedoch noch in Berufung. Die Inhaftierung von Vilmos kann als Versuch gewertet werden, die „Geistige Republik Zitzer" massiv unter Druck zu setzen. Almási ist Delegierter des örtlichen Gemeinderates und sollte als solcher Immunität genießen. Hauptberuflich ist der Vater eines vierjährigen Kindes Landwirt. Er befindet sich im Gefängnis Subotica. Abgeordnete und andere Bürger von Oromhegyes traten aus Protest in den Hungerstreik.

Das NEUE FORUM schickte bisher unbeantwortete Protestbriefe an Präsident Slobodan Milosevic und die Ministerin für Fragen der Menschenrechte und der nationalen Minderheiten der Jugoslawische Bundesregierung, Margit Savovic.
Protestiert: ZA PREDSEDNIKA REPUBLIKE SRBIJE, ZA SLOBODANA MILOSEVICA, 1100 BEOGRAD, Fax: 00381-11-646 456.
und VLADI FEDERATIVNE REPUBLIKE JUGOSLAVIJE, MINISTRU ZA LJUDSKA PRAVA I MANJINSKA PITANJA, ZA MARGIT SAVOVIC, 1100 BEOGRAD, Fax: 00381-11-636 775
An Vilmos Almási wurden Briefe mit leeren weißen Seiten geschickt: MEDUOPSTINSKI ZATVOR, za Almási Vilmosa, Lenjinove Park 1, YU-27000 SUBOTICA.
Er darf nur 2 Briefe pro Woche erhalten. Deshalb wurden Briefe mit leeren weißen Seiten versandt: Weiß als die Farbe des Friedens; leere Seiten, als Zeichen des Protestes.

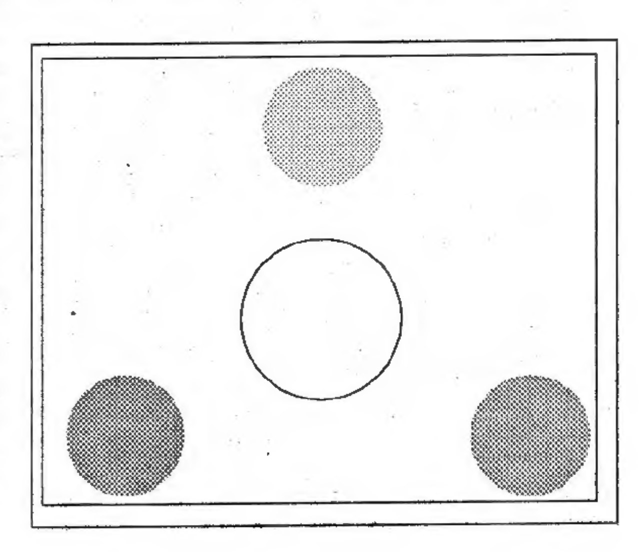
Rundreise der Zitzer

Nach erheblichen Schwierigkeiten, eiligen Telefonaten mit der Deutschen Botschaft in Belgrad und dem Auswärtigen Amt, ist es gelungen: Vier Menschen aus dem Kriegsdienstverweigererdorf Oromhegyes/Tresnjevac, Ottilia Fehér, Mária Lukácsi, Erzsébet Kávai Nagy und Lajos Balla, sind auf Informationsrundreise durch Deutschland. Am 11.06. waren sie in Eisenach (Landesjugendsonntag), dann bei Pfarrer Jo Winter in Langenschade/Saalfeld (er gründete zu DDR-Zeiten „Gewaltlos leben"), am 15./16.06. in Erfurt beim NEUEN FORUM, dann für drei Tage in Berlin und Potsdam. Ein Gesprächsabend fand in der Umwelt-Bibliothek statt. Ein Benefizkonzert mit Gerhard Schöne vor etwa 200 Menschen in der Parochialkirche erbrachte über 1.000,-DM Spenden.

Am 20.06. öffneten für die „Geistige Republik Zitzer" in Bremen und am 22.06. in Hamburg-Wandsbek **Konsulate**. Über diese Adressen besteht auch die Möglichkeit der Einbürgerung in die GRZ:
Villa Ichon, Goetheplatz 4, 28203 Bremen, Kontakt: Hilde Osthaus, fon: (0421) 6366225
Bramfelder Kulturladen, Bramfelder Chaussee 265, 22177 Hamburg, Kontakt: Heidrun Schönberger, fon: (040) 6403504

In der Berliner Umwelt-Bibliothek (Schliemannstr. 22) findet am 30. Juni 20 Uhr ein Treffen statt, bei dem über die weitere Koordinierung der GRZ in Berlin gesprochen werden soll.

ZITZER
SZELLEMI KÖZTÁRSASÁG



Kirchenasyl

Das Berliner NEUE FORUM bemühte sich in den vergangenen Wochen um eine weitere Vernetzung der Gruppen, die sich der Asylproblematik angenommen haben. Der Landesverband beabsichtigt, dem Arbeitskreis „Asyl in der Kirche" beizutreten.

Aus einem Briefentwurf an verschiedene Gemeinden:

Nachdem sich Westeuropa auf eine Abschottung gegen Flüchtlinge geeinigt hat, kann die Mehrzahl der Asylbewerber und Kriegsflüchtlinge kein europäisches Zufluchtsland mehr erreichen, weil sie in sogenannte sichere Drittstaaten zurückgewiesen werden. Durch staatliche Abkommen kann es dabei leicht zu Kettenabschiebungen durch verschiedene Länder kommen, bis die Flüchtlinge wieder in ihr Verfolgerland zurückkehren müssen.

Ein massiver Druck lastet auf den Flüchtlingen durch beschleunigte Abschiebungen, die sowohl in die Herkunftsländer als auch in Drittstaaten durchgeführt werden.

Auf der Innenministerkonferenz am 5. Mai 1994 ist kein Einvernehmen über einen bundesweiten Abschiebestopp für Angolaner erzielt worden, sodaß Angolaner in den Bundesländern, wo der Innenminister nicht zu einem Abschiebestopp auf Länderebene bereit ist (z.B. Berlin), jetzt in das Bürgerkriegsgebiet abgeschoben werden.

In Deutschland wird sogar immer wieder versucht, Deserteure aus Jugoslawien, trotz eines gegenteiligen Beschlusses des Europaparlamentes, abzuschieben. Weil es aber auf Grund des Embargos keine direkte Abschiebemöglichkeit gibt, verhandelt die Bundesregierung mit Drittländern über „Transitmöglichkeiten". Sollten solche Vereinbarungen zustandekommen, würde eine Abschiebung nur in besonders gesicherten Zügen (plombiert?) durchgeführt werden können, da die angrenzenden Staaten nicht bereit sind, die Flüchtlinge aufzunehmen. Allein in Berlin leben ca. 20.000 Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Durch das neue Asylverfahrensgesetz haben viele Asylbewerber kaum die Möglichkeit, eine umfassende Überprüfung ihrer individuellen Situation zu erreichen. Das betrifft vor allem diejenigen aus den sogenannten sicheren Herkunftsländern, z.B. Rumänien. Sie haben keine Gelegenheit, sich auf das alles entscheidende Interview bei der Asylbehörde vorzubereiten - teilweise findet es bereits 6 Stunden nach ihrer Ankunft statt. Die Herkunft aus einem „verfolgungsfreien Land" bedeutet, daß grundsätzlich alle Anträge als „offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden.

Es besteht darüber hinaus die Gefahr, daß demnächst vietnamesische Vertragsarbeiter, die kein Bleiberecht erhalten haben, abgeschoben werden. Bisher werden sie von Vietnam nicht aufgenommen. Die derzeit anstehenden Entschuldungsverhandlungen zwischen der Bundesrepublik und Vietnam lassen befürchten, daß von vietnamesischer Seite die Aufnahme abgeschobener Vertragsarbeiter verlangt wird.

Alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Abschiebepraxis in Zukunft immer rigoroser und unter Umgehung rechtsstaatlicher und humanitärer Grundsätze gehandhabt wird.

Die konkreten Erfahrungen und die öffentliche Dikussion der letzten Zeit haben uns deutlich gemacht, daß die Kirchen oft die letzte Zuflucht sind.

Die Christen, Kirchgemeinden, Kirchenkreise und Dekanate in Berlin sind herausgefordert, angesichts der Nöte von Kriegsflüchtlingen und politisch Verfolgten (einschließlich der vor wirtschaftlicher Not Geflüchteten) den von Abschiebung bedrohten Menschen Schutz und Beistand zu gewähren, indem sie Wohnungen, Gemeinderäume und/oder Kirchen öffnen, in denen die Bedrohten Zuflucht finden und Begleitung erfahren können.

Dies wird bereits in Berliner Kirchgemeinden (Verein „Asyl in der Kirche", Kirchenkreis Berlin-Stadt III, der sich als Schutzgemeinschaft für Fremde und Ausländer versteht, Initiative für ein „Haus des Flüchtlings" in Berlin u.a.) mit großem Einsatz praktiziert.

Diese Arbeit bedarf angesichts der oben beschriebenen Situation eines breiten Fundamentes in den Gemeinden und Kirchen. Dabei sollten die kirchlichen Einrichtungen und Gemeinschaften besonders darum bemüht sein, Menschen zu gewinnen, die sich in dieser alltäglichen Arbeit engagieren.

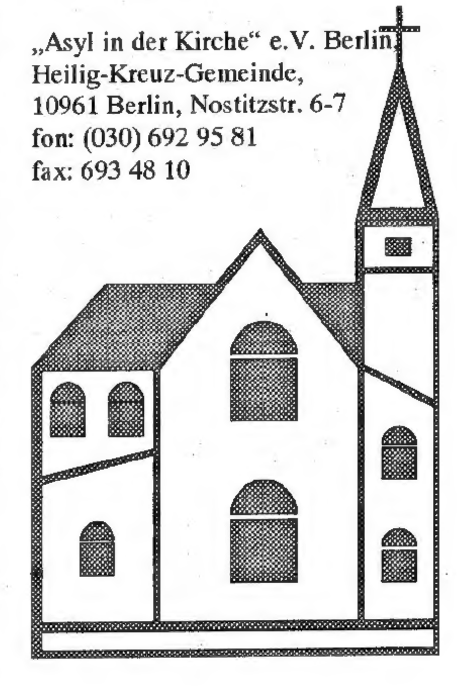
Vorstellbar wäre zunächst, daß Kirchenkreise und Dekanate sich darüber verständigen, welche Kirche(n) bzw. Gemeinde(n) ihrer Region aufgrund der räumlichen und personellen Kapazitäten dafür besonders in Frage käme(n).

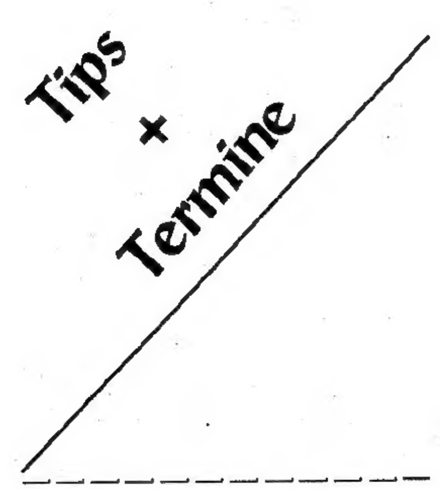
Wir rufen die Christen und Kirchen in Berlin auf, sich in diesem Sinn zu engagieren.

Jochen Goertz (Pfarrer Bartholomäus-Gemeinde)
Elisabeth Reese (Asyl in der Kirche)
Reinhard Schult (NEUES FORUM Berlin)

Informationen zum Kirchenasyl:

„Asyl in der Kirche" e.V. Berlin
Heilig-Kreuz-Gemeinde,
10961 Berlin, Nostitzstr. 6-7
fon: (030) 692 95 81
fax: 693 48 10





ACHTUNG! Umzüge!
Die Geschäftsstelle des NEUEN FORUM **Brandenburg** ist umgezogen ins Haus der Demokratie Berlin, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin.
Das Büro des NEUEN FORUM **Berlin** befindet sich jetzt in der Rosa-Luxemburg-Str. 19, 10178 Berlin-Mitte, fon/fax (030) 2806481.

Fachforum SÜDOSTEUROPA
Reihe OSTEUROPA - HEUTE /
07.07. „Wann wird Kaliningrad umbenannt? Situation und Perspektiven der Ostsee-Enklave", Referentin: Ruth Kibelka
Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, 10117 Berlin. Beginn: 19.30 Uhr

Umwelt-Bibliothek - Cafe, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin - Prenzlauer Berg, donnerstags ab 21 Uhr: Begegnungsmöglichkeit für Deserteure aus Ex-Jugoslavien
30.06. 20 Uhr „Geistige Republik Zitzer - wie weiter?"

06.07. Berlin: HdD, 20 Uhr, „Brüderliche Hilfe" 1980/81 - Die SED und die Krise der kommunistischen Herrschaft in Polen", Veranstalterin: Robert-Havemann-Gesellschaft
04.10. bundesweit und **Berlin** ab 8.30 Uhr: Aktionen gegen Einberufung, Vernichtung von Erfassungsbögen etc., Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht, Oranienstr. 25, 10999 Berlin, fon (030) 61 50 05 30
25.-27.11. Einführung in Gewaltfreie Aktionen, Kontakt: Jutta Ochsenstein, Carl-Kabat-Haus, Schulstraße 7, 73555 Mutlangen, fon (07171) 7 42 63

FREIe HEIDe
Protestwanderungen der BI jeweils am 2. Sonntag im Monat 14 Uhr
Kontakt: H. Schönberg, fon (033966)469, GWR Berlin, fon (030) 401 34 26

OFFENe HEIDe
In der Colbitz-Letzlinger Heide wird es ernst. Das Wassergutachten ist fertig: eine Trinkwassergefährdung durch die Bundeswehr würde nicht eintreten.
Die sächsisch-anhaltinische Landesregierung betonte jedoch (kurz vor den Wahlen), sie werde trotzdem für eine friedliche Nutzung der Heide eintreten.
Die Bundeswehr postulierte, sich mit allen Betroffenen an einen Tisch setzen zu wollen, aber lediglich „um einen Konsens für die militärische Nutzung zu finden."
Seit 20. Mai ist im Auftrag des Bundesvermögensamtes eine Wachschutzfirma (Sitra) eingesetzt, die das Gelände bewacht. Offenbar wurde das Gelände von der GUS bereits an das Bundesvermögensamt übergeben.
Trotz dieser unter Ausschluß der Öffentlichkeit geschaffenen Tatsachen gehen die Protestwanderungen weiter.

Friedensweg der BI jeweils am 1. Sonntag im Monat 14 Uhr

31.07.-07.08. wanderndes Heidecamp mit den Friedensreitern: Rätzlingen-Haldensleben-Lindhorst-Colbitz-Brunkau-Stendal-Uchtspringe-Letzlingen-Rätzlingen

Kontakt u.a.: Birgit Hinz, Klosterstr. 8, 39638 Letzlingen, fon (039088) 437
Antje Hildebrandt, Lüderitzer Str. 7, 39576 Stendal, fon/fax: (03931) 212288

Konfliktregelung ohne Militär

Anhörung im Auswärtigen Ausschuß

Seit März 1993 bemühten sich das Berliner Friedensforum und das NEUE FORUM um die Durchführung eines **öffentlichen Hearings** über Möglichkeiten nichtmilitärischer Konfliktaustragung und -vermeidung.

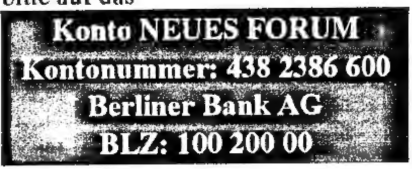
Auf Antrag der Parlamentarischen Gruppe Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Bundestag fand dieses unter die Überschrift „Möglichkeiten und Grenzen der Konfliktvorbeugung und -vermeidung und der nicht-militärischen Konfliktlösungen" am 25. Mai 1994 im Auswärtigen Ausschuß statt. Teilnehmende Sachverständige waren u.a. Prof. Dr. Ulrich Albrecht (FU Berlin) und Dr. Wilhelm Höynk (Generalsekretär der KSZE, Wien).

Zur Vorbereitung dieses Hearings hat das Berliner Friedensforum eine Materialsammlung erstellt. Der Titel der kleinen **Broschüre** lautet: „Konflikte lösen ohne Waffen" (45 Seiten, A4-Format). Enthalten sind Erstveröffentlichungen von Prof. Ulrich Albrecht (Friedensforscher), Christoph Besemer, Andreas Buro, Dr. Gottfried Forck (Altbischof), Elmar Schmähling u.a.

Selbstkosten: 3,—DM plus Porto
Bezug gegen Spende (in Briefmarken): M. Löber, PF 3, Binzstr. 53a, 13189 Berlin

Spenden

bitte auf das



Verwendungszweck: Spende/Bulletin

A d r e s s e n

Abgeordnete und Mitarbeiter/innen des NEUEN FORUM in den Parlamenten

NEUES FORUM
Bundeskoordinierungsstelle
Friedrichstraße 165
10117 Berlin
fon: (030) 229 24 12
fax: (030) 229 12 13

Landesgeschäftsstellen:
NEUES FORUM **Berlin**
Rosa-Luxemburg-Straße 19 (NEU!)
10178 Berlin-Mitte
fon/fax: (030) 280 64 81

NEUES FORUM **Brandenburg**
GF: Werner Stremlow
Friedrichstraße 165 (NEU!)
10117 Berlin
fon: (030) 229 23 17
fax: (030) 229 12 13

NEUES FORUM
Mecklenburg-Vorpommern
GF: Max Raudszus
Haus der Demokratie
Gerberbruch 13a-15
18055 Rostock
fon: (0381) 4902406
fax: (0381) 4902405

NEUES FORUM **Sachsen**
GF: André Andrich
Maternistraße 17
01067 Dresden
fon: (0351) 484 55 08
fax: (0351) 495 24 20

NEUES FORUM **Sachsen-Anhalt**
GF: Sabine Leloup
Große Klausstraße 11
06108 Halle
fon: (0345) 24 686
fax: (0345) 25 525

NEUES FORUM **Thüringen**
GF: Dieter Kohl
Schillerstr. 44
99096 Erfurt
fon/fax: (0361) 6671214

GF = Geschäftsführer/in

Bundestag
in der Gruppe Bündnis 90/Grüne:

Ingrid Köppe
(Innen-und KoKo-Untersuchungsausschuß)
Bundeshaus HT 220
53001 Bonn
fon: (0228) 167 482, /163 569
fax: (0228) 168 66 60
Teletex: 22888660=BUNDEST

Mitarbeiterin:
Heidi Bohley
Große Klausstr. 11
06108 Halle
fon: (0345) 24 520
fax: (0345) 25 525

Berliner Abgeordnetenhaus
Niederkirchnerstraße
10117 Berlin

Gruppe
NEUES FORUM/Bürgerbewegung:

Sebastian Pflugbeil
(Umweltausschuß)
Irena Kukutz
(Schulausschuß)
Reinhard Schult
(Inneres, Recht, Verfassungsschutz)
Peter Dornberger
(Gesundheit und Soziales)
Wiss. Mitarbeiter: **Bernd Gehrke**
(Wirtschaft und Technologie)
fon: (030) 2325 2601
fax: (030) 2325 2609

Brandenburgischer Landtag
Am Havelblick 8
14473 Potsdam

Fraktion Bündnis

Detlef Grabert
(Innenausschuß)
fon: (0331) 966 17 18
fax: (0331) 966 17 09 (NEU!)

Termine siehe Seite 15

Sächsischer Landtag
Holländische Straße
01067 Dresden

in der Fraktion Bündnis 90/Grüne:

Leonore Ackermann
Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien
Mitglied im Petitionsausschuß
fon: (0351) 4855 646

Michael Arnold
fon: (0351) 4855 304
fax: (0351) 4855 347

Mitarbeiter:
Thomas Rudolph
fon: (0351) 4855 636

fraktionslos:

Cornelia Matzke
fon: (0351) 4855 641, /4855 637
fax: (0351) 4855 557

Mitarbeiter:
Gotthard Krupp
(fon/fax s.o.)

Thüringer Landtag
Arnstädter Str. 51
99094 Erfurt

fraktionslos:

Matthias Büchner
fon: (0361) 3772 315
fax: (0361) 3772 407

Siegfried Geißler
Alterspräsident des Thüringer Landtags
fon: (0361) 3772 314

